

# GROSSBRITANNIEN

## Gewerkschaftsmonitor

Juni 2019

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### **POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN**

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Viel Lärm um wenig – der Brexit hält das Land in Atem. Das dominierende Thema im Vereinigten Königreich ist der Brexit. Seit dem Referendum in 2016 monopolisiert dies die politische Debatte.

Die Verhandlungen zwischen der EU und der Regierung in London über den Austritt aus der Union waren geprägt von Uneinigkeit und Unklarheit auf britischer Seite. Hintergrund dessen war die tiefe Zerstrittenheit der regierenden Tory-Partei und ihre Unfähigkeit, sich auf eine gemeinsame Austrittsstrategie zu einigen. So verzögerte Theresa May die Entscheidungsfindung im britischen Parlament ein ums andere Mal, in der Hoffnung, irgendwie noch eine Mehrheit zustande zu bekommen. Nachdem sie mit dieser Taktik scheiterte, musste sie die avisierte Deadline für den Brexit, den 29. März 2019, aufgeben und die EU um eine Verlängerung der Frist bitten. Diese wurde nun auf den 31. Oktober 2019 festgelegt und das bedeutet, dass die Europawahlen nun auch im Vereinigten Königreich abgehalten werden.

Sie werden einen Trend verstärken, der sich bereits seit dem Referendum abzeichnet: Die konservative Partei droht am Brexit zu zerbrechen und wird vom Rechtspopulisten Nigel Farage und dessen neuer Brexitpartei massiv unter Druck gesetzt. Wie schon bei der Abstimmung über die EU Mitgliedschaft ist abzusehen, dass die Tories diesem Druck nachgeben und sich der EU-kritischeren Position annähern werden. Labour wäre dann die einzige Partei, die versucht, einen Mittelweg zwischen Verlassen der EU und möglichst enger künftiger Anbindung zu vertreten. Diese Haltung erweist sich aber schon in den EP-Wahlen als kaum vertretbar. Die Politik in Großbritannien wird daher auf längere Zeit von der Frage bestimmt sein, wie das Verhältnis zur EU gestaltet werden kann. Die zentralen innenpolitischen und vor allem sozialen Fragen bleiben dabei offen und drohen sich im Zuge des Brexit zu verschlechtern.

#### WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die wirtschaftliche Entwicklung des Vereinigten Königreichs steht ebenfalls im Schatten des Brexit. Das Wirtschaftswachstum reduzierte sich auf etwa 1,6 Prozent und war damit eines der niedrigsten in der EU. Auch das Pfund erholte sich nicht von seinem Abrutschen nach dem Brexitvotum. Der Kurs des Pfundes schwankte zwischen 1,10€ und 1,15€ und bewegte sich damit deutlich unterhalb der 1,27€ vor dem Referendum.

Hinter diesen ohnehin eher düsteren Zahlen lauern jedoch größere Probleme aufgrund der engen wirtschaftlichen Verbindung Großbritanniens mit der EU. So haben vor allem Firmen im Automobilbereich angekündigt mit vorläufigen Werkschließungen oder vorgezogenen Werksüberarbeitungen auf den Brexit reagieren zu wollen. Zum Ende des Jahres hatte beispielsweise Jaguar Landrover die Drei-Tage-Woche in einem ihrer Werke eingeführt. Gleichzeitig haben viele Unternehmen aus der Pharma- und vor allem Finanzbranche Teile ihres Betriebs in die EU verlagert, um nicht zu sehr von einem Brexit, welcher Form auch immer, betroffen zu sein.

Auf die Arbeitslosenquote hatte dies bislang noch keine größeren Auswirkungen, sie ist weiterhin auf einem sehr niedrigen Stand von 4,1 Prozent (Stand Oktober 2018). Allerdings ist keine Verbesserung hinsichtlich der Qualität der angebotenen Stellen zu verzeichnen. Der Arbeitsmarkt ist in hohem Maße dereguliert, es nehmen Scheinselbstständigkeit und Beschäftigungsverhältnisse mit »0-Stunden-Verträgen« zu. Solche Verträge bieten keine Beschäftigungs- und Lohnsicherheit, da die Bezahlung flexibel nach geleisteten Arbeitsstunden erfolgt, über deren Volumen der Arbeitgeber entscheidet. Die Schere zwischen unterschiedlichen Einkommen ist weiterhin breit geöffnet: Großbritannien ist in der EU das Land mit der größten Einkommensungleichheit.

Eine offensichtlich negative Entwicklung ist die sogenannte High Street-Krise, der in vielen Städten sichtbare Niedergang der kommerziellen Straßen im Zentrum. Mit House of Fraser und Toys R Us gingen 2018 zwei bekannte Firmen in Konkurs, aber auch zahlreiche andere Ladengeschäfte waren davon

betroffen, dass der Konsum zurückgegangen ist und die Verlagerung auf Internethandel zugenommen hat. Diese Entwicklung manifestiert für viele Brit\_innen gerade in kleineren Städten die Abwärtsspirale, in der sie sich gefangen sehen. Viele dieser Orte haben unter dem Niedergang der klassischen Industrien wie Kohle und Stahl schwer gelitten und ihre Bewohner\_innen müssen nun mitverfolgen, wie traditionelle Referenzpunkte des kommunalen Lebens wie Ladengeschäfte, Apotheken oder auch Pubs zunehmend schließen.

Das Bild der Krise im Vereinigten Königreich wird untermalt von einem Bericht des UN-Sonderberichterstatters Philip Alston zu Armut und der Menschenrechtssituation im Land. Der Report liest sich wie eine Generalabrechnung mit der Austeritätspolitik der vergangenen Jahre. Er konstatiert der Regierung eine Verweigerungshaltung gegenüber diesen Effekten vor allem auf die Ärmsten der Gesellschaft. Besonders frappant ist hierbei der Versuch, die soziale Sicherung zu reformieren. Unter dem Stichwort »Universal Credit« sollen die verschiedenen Leistungen zusammengeführt und vereinfacht werden. Das umfasst unter anderem Arbeitslosenhilfe, Steuererleichterungen sowie Wohngeld. Das System sollte effektiver und transparenter werden und Unterstützungsempfänger dazu anregen, Arbeit aufzunehmen. In der Praxis hat es sich jedoch erwiesen, dass mit Universal Credit eine Vielzahl von Menschen schlechter gestellt werden (bis zu 1.000 Pfund/Jahr). Zudem ist das System hochkomplex, schwer zu verstehen und mit langen Wartezeiten verbunden. So haben sich die Mietschulden von Zuwendungsempfängern massiv erhöht, ihre Chancen auf dem Mietmarkt haben sich radikal vermindert und es besteht die Befürchtung, dass dies zu einem weiteren Ansteigen der Obdachlosigkeit führen wird. Die Regierung steht daher vor der Frage, ob sie die Reform weiterführen soll und versucht, die bestehenden Probleme innerhalb der neuen Struktur zu lösen, oder ob sie die Reform rückgängig macht und einen neuen Anlauf wagt. Angesichts des politischen Kapitals, das in diese Reform bislang investiert wurde und der breiten Fokussierung des administrativen Apparats auf das Thema Brexit, ist letzteres kaum zu erwarten. Stattdessen wird das Arbeitsministerium wohl weiter versuchen, die Intention der Reform zu verwirklichen, was ohne eine substantielle Steigerung der Finanzierung allerdings nicht wirklich machbar scheint.

In der allgemeinen Wahrnehmung der Krise darf das Gesundheitssystem, eine der wichtigsten Errungenschaften der britischen Gesellschaft nach dem II. Weltkrieg und damit ein zentrales Symbol für die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats, nicht fehlen. Der National Health Service (NHS) feierte im Jahr 2018 sein 70-jähriges Bestehen. Die Auswirkungen des Brexit sind hier unmittelbar spürbar, da offene Stellen des NHS nur unter Schwierigkeiten nachbesetzt werden können, weil die Zuwanderung aus Europa nachgelassen hat. Daher tun sich zunehmend Lücken in der Gesundheitsversorgung auf. Hinzu kommt, dass die chronische Unterfinanzierung der letzten Jahre sowie die Alterung der britischen Gesellschaft den NHS zunehmend unter Druck setzen. So sind die Wartezeiten ambulanter Patient\_innen im Winter 2016/17 wieder angestiegen und der Bettenmangel in Krankenhäusern hat ebenfalls zugenommen. Die Regierung hat darauf reagiert, indem ein großer Teil unerwarteter Steuereinkommen für das Gesund-

heitssystem reserviert wurden. Damit könnte zumindest ein Teil der liegen gebliebenen Investitionen der vergangenen Jahre aufgeholt und dringende Lücken gestopft werden. Das Kernproblem dieses Budgets jedoch ist, dass es auf der Annahme basiert, dass der Brexit geordnet und ohne Verzögerungen im Rahmen des von der Premierministerin ausgehandelten Abkommens vonstattengeht. Damit steht auch dies unter dem Vorbehalt, dem das ganze Land ausgesetzt ist: *To Brexit or not to Brexit, that is the question.*

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die britischen Gewerkschaften befinden sich in einem adversen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Umfeld. Sie sind in ihren Einflussmöglichkeiten daher eingeschränkt. Die unter Thatcher begonnenen Attacken auf die Arbeitnehmervertretungen haben tiefe Spuren in Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen. Seither sind die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften abgesunken, ihre Organisationsdichte hat stark nachgelassen und ihre Fähigkeit, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch durch Streiks durchzusetzen ist stark zurückgegangen.

Erst in den letzten Jahren, beginnend mit den Auswirkungen der Finanzkrise auf die britische Gesellschaft, hat sich die gesellschaftliche Wahrnehmung der Gewerkschaften zu verändern begonnen. Dies hat sich jedoch noch nicht in einer institutionell gestärkten Rolle in der Gestaltung von Politik und Gesellschaft niedergeschlagen, auch weil seit 2010 die gewerkschaftsfeindlichen Tories an der Macht sind. Die Hoffnung der Arbeitnehmervertretungen liegt daher ganz bei einem Wahlsieg von Labour und der damit verbundenen Chance, ihre Rolle zu stärken.

---

## GEWERKSCHAFTEN IN GROSSBRITANNIEN – FAKTEN UND DATEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Die britischen Gewerkschaften blicken auf eine wechselhafte Geschichte zurück, die lange Jahre vom Aufstieg der organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geprägt war. Im Zuge der Industriellen Revolution bildeten sich schon Anfang des 19. Jahrhunderts organisierte Gewerkschaften in London und den Industrievierteln in Wales und Nordengland. Doch erst 1867 wurde das Gewerkschaftswesen mit dem Trade Unions Act legalisiert und als vorteilhaft für Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite erklärt. Von diesem Ausgangspunkt an, gewannen britische Gewerkschaften stetig neue Mitglieder hinzu und gründeten 1900 die Labour Partei als politische Plattform der Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ende der Siebziger Jahre erreichten sie ihren Höhepunkt, als mehr als 13 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert waren. Zum gleichen Zeitpunkt begann jedoch auch der aktuell weiter andauernde Niedergang, der aktiv von der konservativen Regierung unter Margret Thatcher betrieben wurde, die Gewerk-

schaften auch als »the enemy within« bezeichnet hatte, den man bekämpfen müsse. In der Folge privatisierte sie viele der Hochburgen der britischen Gewerkschaftsbewegung, besonders im Bergbau und unterminierte hiermit einen schlagkräftigen Teil der Gewerkschaften. Zudem verabschiedete sie eine Reihe von Gesetzen, die die Handlungsfähigkeit und Autonomie der Arbeitnehmervertretungen einschränkten. Die Labour-Regierung von Tony Blair in den Neunziger Jahren behielt diese Einschränkungen der Kollektivrechte bei, stärkte aber gleichzeitig die Individualrechte von Arbeitnehmer\_innen am Arbeitsplatz. Mit dem Wahlsieg von David Cameron setzte sich das Aufstellen legaler Barrieren für Arbeitskämpfe fort und im neuesten Trade Union Act von 2016 wurden noch höhere Hürden für Streiks gesetzlich festgelegt.

**GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT**

Die Gewerkschaftslandschaft ist geprägt vom Dachverband TUC und seinen 48 Einzelgewerkschaften. Die größten davon sind Unite, Unison und GMB. Die Mitgliederzahl liegt aktuell bei knapp über 5,5 Mio. Die drei vorgenannten Einzelgewerkschaften repräsentieren allein etwa 44 Prozent. Politisch sind die Gewerkschaften meist Labour-nah, so sind etwa die Hälfte der Einzelgewerkschaften mit Labour assoziiert, das bedeutet, dass ihre Mitglieder ein Opt-In zur Labourmitgliedschaft erhalten, sobald sie der Gewerkschaft beitreten.

Der TUC vertritt mehr als 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmerInnen in Großbritannien. Daneben gibt es noch drei weitere kleinere Dachverbände, die sich auf den öffentlichen Dienst, Ingenieure und Schiffbauer sowie Künstler konzentrieren. Der TUC wurde 1868, im Mechanic’s Institute in Manchester gegründet. Das Hauptentscheidungsorgan der TUC ist der jährliche Kongress. Dazwischen entscheidet der General Council (56 Mitglieder). In Großbritannien war die seit dem 18. Jahrhundert existierende Gewerkschaftsbewegung treibende Kraft bei der Etablierung einer Arbeiterpartei. Enttäuscht von bisherigen liberalen Bündnispartnern im Parlament schuf sich der TUC 1905 ein »Labour Representation Committee« (LRC), aus dem sich später die bis heute bestehende Labour Partei entwickelte.

Unite the Union (Unite) entstand im Mai 2007 durch den Zusammenschluss der zweit- und drittgrößten Gewerkschaften

Amicus und Transport and General Worker’s Union. Unite ist stärker im Privatsektor organisiert als im Öffentlichen Sektor, hat aber dennoch mindestens 200,000 Mitglieder im Öffentlichen Sektor. Unite ist in fast allen Bereichen der Wirtschaft vertreten, u.a. bei Kraftfahrzeugherstellern, Druckereien, im Finanz-, Straßen- und Transport-, und Gesundheitssektor. Unite ist eine demokratische kampagnenorientierte Gewerkschaft. Sie hat einen Political Fund, der genutzt wird um Kampagnen zu Themen wie NHS, Arbeitnehmerrechten, und generellen Themen im Bereich Arbeit und Soziales zu unterstützen. Weniger als die Hälfte des Funds geht an Labour im Rahmen der sogenannten »affiliation fees«. In der Wahl zum Parteivorsitzenden unterstützte Unite maßgeblich Jeremy Corbyn. Unite ist Mitglied der Trade Union and Labour Party Liaison Organisation (TULO), hat aber auch selber eine politische Struktur mit »Regional Labour Party Liaison Committees« und einem »National Labour Party Liaison Committee«, welche die Unite Positionen implementieren sollen. Gewählt werden sie von Mitgliedern auf regionalen Konferenzen alle drei Jahre. 2008 gründete Unite mit United Steelworkers eine neue globale Gewerkschaft, Workers Uniting’. Dieser Gewerkschaftsverband hat 3 Millionen Mitglieder in Großbritannien, Irland, Nordamerika und der Karibik.

UNISON entstand 1993 durch den Zusammenschluss von der National and Local Government Officers Association (NALGO), der National Union of Public Employees (NUPE) und der Confederation of Health Service Employees (COHSE) und organisiert primär den Öffentlichen Sektor. UNISON wird geführt von einem Presidential Team, gewählt vom National Executive Council (NEC). Der NEC wird von Mitgliedern gewählt. UNISON hat member groups, und service groups und ist in 12 Regionen unterteilt. Außerdem hat es lokale Branchen, sie hat 1,200 Angestellte. Auch UNISON hat einen politischen Fund, der für politische und soziale Kampagnen genutzt wird. Mitglieder können in einen Fund einzahlen, der auch die Labour Partei unterstützt. Der General Political Fund fördert anti-rassistische Veranstaltungen sowie lokale Kampagnen gegen Privatisierung und den Verkauf staatlicher Sozialwohnungen. UNISON ist auch Mitglied der Trade Union and Labour Party Liaison Organisation (TULO).

Die GMB wurde am 31. März 1889 gegründet. Im Jahre 1924 ist die National Union of General and Municipal Workers aus einem Zusammenschluss der National Amalgamated Union of

Tabelle 1  
**Der wichtigste gewerkschaftliche Dachverband des Landes**

Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Trades Union Congress (TUC)	Frances O’Grady, Generalsekretärin	Insgesamt: 5.522.739 Männlich: 2.653.175 Weiblich: 2.866.824	International Trade Union Confederation (Internationaler Gewerkschaftsbund, IGB)
	Paul Nowak, Deputy General Secretary	Ohne Geschlechtsangabe: 2.740	European Trade Union Confederation (Europäischer Gewerkschaftsbund, EGB)

Tabelle 2  
**Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes**

Bezeichnung/Branche	Mitgliedschaft in Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Unite the Union (Unite)	TUC	Len McCluskey, Generalsekretär	Insgesamt: 1.233.646 (Jan. 2018) Männlich: 927.302 Weiblich: 306.344	IndustriALL- Europe; Uni Europe, ETF, EFBWW, EPSU, EFFAT IndustriAll, ITF, BWI, IUF, PSI, UNI
UNISON	TUC	Dave Prentis, Generalsekretär  Gordon McKay, Präsident	Insgesamt: 1.193.99 (Jan. 2018) Männlich: 274.618 Weiblich: 919.373	EPSU, PSI
General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union (GMB)	TUC	Tim Roache, Generalsekretär	Insgesamt: 614.494 (Jan. 2018) Männlich: 311.027 Weiblich: 303.467	EPSU, UNI Europe, EFFAT, IndustriAll Europe, ETF PSI, UNI Global, IndustriAll, IUF, ITF

Labour, National Union of General Workers und der Municipal Employees Association hervorgegangen. Im Jahre 1982 wurde sie in General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union umbenannt. Mitglieder sind Teil einer lokalen Branche. Jede Branche ist Teil einer der 9 GMB Regionen. Außerdem sind Mitglieder Teil einer der drei Industriellen Sektionen von GMB. Jede Sektion wird von einem National Secretary geleitet. Der National Secretary und National Officer berichten regelmäßig an das Section National Committee das den GMB Central Executive Council berät. GMB organisiert fast alle Industrien, Verkauf, Sicherheit, Schulen, Soziale Arbeit, NHS, und lokale Regierung. GMB ist mit bis zu 2 Mio Pfund pro Jahr drittgrößter Gewerkschaftsspendler von Labour. Seit dem Amtsantritt Corbyns hat GMB Konflikte mit der Partei bezüglich der britischen Atomflotte und Fracking. Auch GMB ist Mitglied der Trade Union and Labour Party Liaison Organisation (TULO). Sie ist die erste britische Gewerkschaft mit einem Büro in Brüssel, ist sehr engagiert in EU Gesetzgebungsarbeit für Arbeitnehmerrechte und Gesundheit am Arbeitsplatz sowie Sicherheitsfragen.

**ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN**

Der rechtliche Rahmen für Gewerkschaftsarbeit hat sich seit der Regierung Thatcher stark verändert. Ein Teil der Veränderungen bewirkte eine höhere Transparenz der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern, die Regelung demokratischer Abläufe wie Streikabstimmungen, Wahlen von Funktionär\_innen sowie das Verbot sogenannter »closed shops« – Betriebe, in denen nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden durften. Gleichzeitig zielten die Veränderungen aber auch darauf, Arbeitskämpfe teuer, komplizierter und damit

seltener zu machen. Die Einschränkungen des letzten Trade Union Acts von 2016 prägen heute maßgeblich die Arbeitsbedingungen von Gewerkschaften. So müssen Arbeitskämpfe mit einfacher Mehrheit in einer geheimen Abstimmung beschlossen werden, an der mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen. In Sektoren der öffentlichen Daseinsfürsorge wie Gesundheit, Transport oder Grenzschutz müssen sogar mindestens 40 Prozent der Abstimmungsberechtigten einem Arbeitskampf zustimmen. Dies erschwert die Durchführung von Arbeitskämpfen und hat dazu geführt, dass die Anzahl der durch Streik verlorenen Arbeitstage in den vergangenen Jahren stetig gesunken ist und 2017 einen historischen Tiefstand erreichte.

Zwei weitere legale Einschränkungen für die Gewerkschaftsarbeit sind nennenswert, weil sie den Vorrang individueller vor kollektiven Rechten festschreiben. Gewerkschaftsmitglieder können sich dafür entscheiden, sich am so genannten »Political Fund« der Gewerkschaft zu beteiligen, oder auch nicht. Diese Funds werden verwendet, um entweder eine politische Partei direkt zu unterstützen, oder spezifische Kampagnen der Gewerkschaft zu finanzieren. Zudem dürfen Gewerkschaftsmitglieder sich weigern, an einem Streik teilzunehmen. Dies wird von der ILO kritisiert, weil es die Effektivität von Arbeitskämpfen einschränken kann.

**GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben**

Das Problem britischer Arbeitnehmervertretungen ist ein mehrdimensionales. Zum einen hat sich die Zahl ihrer Mitglieder verringert, der Organisationsgrad ist auch im OECD Vergleich stark zurückgegangen, in allen Altersgruppen (außer

Ü60) geht die Zahl der organisierten Arbeitnehmer\_innen zurück. Gleichzeitig steigt die Zahl der prekär Beschäftigten und Schein-Selbstständigen. Aktuell profitieren etwa 26 Prozent der Beschäftigten von einem Tarifvertrag. Diese Tarifverträge existieren dabei vor allem im Öffentlichen Dienst – hier sind über 60 Prozent der Beschäftigten abgedeckt – oder bei gut bezahlten Jobs im Privatsektor, wo nur etwa 16 Prozent der ArbeitnehmerInnen tariflich bezahlt werden.

Der öffentliche und private Sektor unterscheiden sich auch in der Eben der Tarifverhandlungen. Der öffentliche Sektor kennt noch die Aushandlung von Tarifverträgen auf Branchenebene, während im Privatbereich die Betriebs- oder gar Betriebsstättenebene dominiert. Der Trend deutet auf eine zunehmend lokale und kleinteilige Tarifbindung hin, auch weil einzelne Betriebe nicht an Branchentarifverträge gebunden sind und daher bevorzugen, ihre eigenen Bedingungen auszuhandeln.

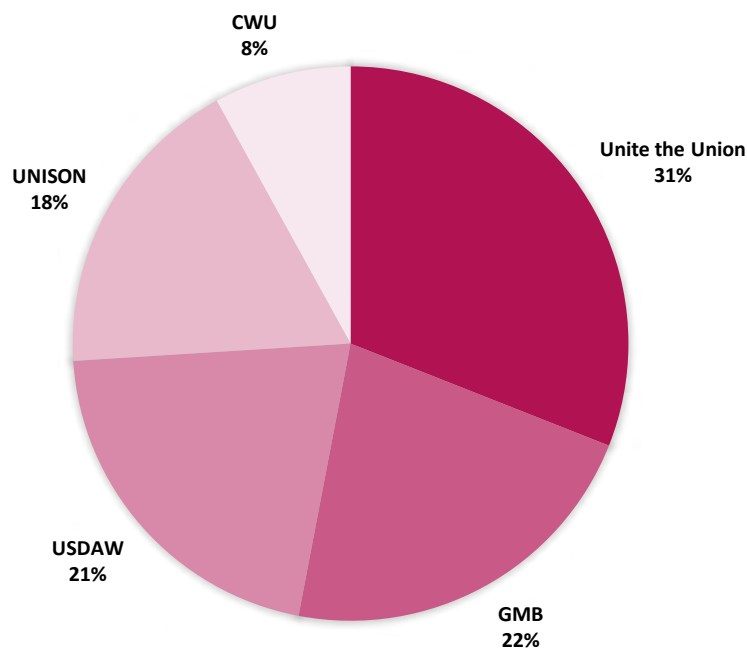
Die Sozialpartnerschaft in Großbritannien ist eher schwach ausgeprägt, hat aber ironischerweise sowohl durch die EU-Bestimmungen, als auch durch den Brexit einen kleinen Schub erfahren. So verhandelten der Dachverband TUC mit dem Industriedachverband CBI über die Konsultations- und Informationsrichtlinie sowie die Entsenderichtlinie. Auch in Fragen Brexit gab es Gespräche und gemeinsame Positionen zwischen beiden Seiten.

Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Gestaltung von Sozialstaat und Sozialgesetzgebung ist stark davon abhängig, welche Partei die Regierung stellt. Im aktuellen Fall der Konservativen ist ihr Einfluss sehr gering, während die Rolle der Gewerkschaften unter einer Labourregierung deutlich ausgeprägter und einflussreicher ist.

## GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Labour-Partei ist ein Kind der Gewerkschaftsbewegung und trotz wechselhafter Beziehungen besonders in den Jahren von Tony Blair ist diese Bindung nicht abgebrochen. Das politische Gewicht der Gewerkschaften ist daher immer in Relation zur Partei zu sehen. Der direkte Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Partei ist seit einer Parteireform 2015 geringer geworden. Aufgrund der nun erfolgenden Urwahl des Vorsitzenden, wurde die Rolle der Gewerkschaften als Ko-Königsmacher mit der Fraktion reduziert. Dennoch sind besonders die politischen Funds der großen Einzelgewerkschaften weiterhin ein zentrales Einflussinstrument auf die Labour-Partei, die einen beträchtlichen Teil ihrer Finanzen über Unite, Unison und GMB erhält. In 2018 steuerten die Gewerkschaften über sechs Millionen Pfund für die Finanzen der Partei bei, das entsprach etwa 12,5 Prozent der Gesamteinnahmen von Labour. Des Weiteren unterstützen einzelne Gewerkschaften die Partei durch die Abstellung von Personal oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten. Hierbei ist besonders die Einzelgewerkschaft Unite zu nennen, deren Vorsitzender Len McCluskey als wichtiger Unterstützer und Berater des Labour-Vorsitzenden gilt. Sein Einfluss ist nicht zu unterschätzen, besonders wenn man sich vor Augen führt, dass einer der wichtigsten Berater von Parteichef Corbyn, Andrew Murray, bei der Gewerkschaft Unite beschäftigt ist und in Teilzeit als Berater fungiert. Die strategische Besetzung von Posten durch ehemalige Gewerkschafter zeigt sich auch an der aktuellen Labour Generalsekretärin Jennie Formby, die vorher Funktionärin bei Unite war und nun die Parteizentrale von Labour leitet, die zuvor als Corbyn-kritisch galt. Diese personelle und finanzielle Verquickung führt zu einer ge-

Abbildung 1  
5 größte Spender an Labour nach Gewerkschaft (2018)



meinsamen politischen Agenda. So hat sich Labour dazu bekannt, die Rolle der Gewerkschaften in Zukunft zu stärken und hat die Wiedereinführung von regionalen Tarifabschlüssen in das Regierungsprogramm aufgenommen. Diese sollen vor allem in Bereichen angewendet werden, die eine hohe gesellschaftliche Bedeutung haben, aber gewerkschaftlich nicht gut organisiert sind, wie beispielsweise der Pflegesektor.

Die Positionen der Gewerkschaften zum Brexit hat daher auch maßgeblichen Einfluss auf die Politik von Labour. Während der TUC sich offen gegen den Brexit ausgesprochen hat, gibt es bei den Einzelgewerkschaften eher differenziertere Ansichten. Besonders der Vorsitzende von Unite, Len McCluskey hat sich dafür ausgesprochen, den Brexit zu vollziehen und steht auch einem potentiellen zweiten Referendum skeptisch gegenüber.

Das öffentliche Ansehen der Gewerkschaften hat sich bei Betrachtung der langfristigen Trends auf einem hohen Niveau stabilisiert. So stimmen im Januar 2017 fast 80 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass »Gewerkschaften essentiell sind für die Vertretung von Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer«. Nur etwa 36 Prozent sind der Ansicht, dass Gewerkschaften zu viel Macht haben. Gerade letztere Position hat sich im Zeitverlauf massiv verändert. Glaubten in der Hochzeit des Thatcherismus Anfang der Achtziger Jahre noch fast 80 Prozent, dass Gewerkschaften zu mächtig sind, hat sich dies nun mehr als halbiert. Dieses Bild beruht sicherlich auch auf der Tatsache, dass Gewerkschaften zunehmend weniger Einfluss auf das Wirtschaftsleben haben und Trends in der Privatwirtschaft nur wenig entgegen zu setzen haben. Das positive Bild in der Öffentlichkeit korreliert daher mit organisatorischer und politischer Schwäche. In Umfragen, die darauf abzielen zu eruieren, inwiefern Vertreter von Institutionen die Wahrheit sagen, finden sich Gewerkschafter im Mittelfeld – etwa 45 Prozent der Bevölkerung halten sie für vertrauenswürdig. Damit rangieren sie knapp zwischen Rechtsanwälten (54 %) und Bänkern (38 %), aber deutlich vor Politikern (17 %) und weit hinter Krankenpflegern (94 %).

Die wichtigsten Herausforderungen für die britischen Gewerkschaften sind kurzfristig der demografische Wandel der eigenen Mitgliedschaft und mittelfristig die Veränderungen des Arbeitsmarktes durch Digitalisierung und Automatisierung. Im Hinblick auf erstere Herausforderung ist es 2018 erstmals gelungen, die bislang stetig sinkenden Mitgliederzahlen zu stabilisieren und sogar leicht zu steigern. Der knappe Zuwachs von 19.000 von 2016 bis 2017 kann aufgrund der sinkenden Arbeitslosenquote aber nicht verschleiern, dass der Organisationsgrad gleichzeitig abgenommen hat. Die zunehmende Zahl der prekär Beschäftigten und Scheinselbständigen erschwert es, den gewerkschaftliche Organisationsgrad zu verbessern. Die Trends des Arbeitsmarktes werfen daher ein trübes Licht auf die Zukunft der Arbeitnehmervertretungen: ihre Stärke in den traditionellen Wirtschaftszweigen sowie im öffentlichen Sektor kann die Schwäche in neuen Dienstleistungsbereichen nicht kompensieren. Kleinere Lichtblicke sind daher neue Gewerkschaftsbewegungen wie IWGB für Selbstständige und die New Economy oder das College of Nurses, das intensive Basisarbeit verrichtet.

International und europäisch sind der TUC und auch die Einzelgewerkschaften intensiv vernetzt, aktuell dominiert jedoch die Sorge, dass der Brexit dazu führen wird, dass auch diese Bindungen, besonders in der EU, künftig schwächer werden.

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale  
Politikanalyse | Hiroshimstraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:  
Dr. Marc Meinardus  
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika  
[marc.meinardus@fes.de](mailto:marc.meinardus@fes.de)  
[www.fes.de/internationale-politikanalyse](http://www.fes.de/internationale-politikanalyse)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.